

*Wo immer der Mensch auf der Suche ist, sich selbst und die Welt zu verstehen, können wir mit ihm gehen.*

*Paul VI.*

## Politik, Parteien, Kirche

Im Vorfeld und zu Beginn des Wahlkampfes ist es durch parteipolitisch engagierte und werbende Gruppen, die betont die Wählerschaft ihrer Konfession ansprechen wollten, und durch Äußerungen von kirchlichen oder kirchenbezogenen Repräsentativorganen auch im kirchlichen Raum zu lebhaften, teilweise heftigen politischen Auseinandersetzungen gekommen.

Den Anfang machte der im Juni 1972, hauptsächlich von Professoren und Publizisten zusammengesetzte *katholische Arbeitskreis* innerhalb der von *Günter Graß* begründeten und heute noch von ihm geleiteten SPD-Wählerinitiative. Dieser stellte sich der katholischen Öffentlichkeit mit einer Broschüre vor mit dem Tenor, das Godesberger Programm komme der katholischen Soziallehre am nächsten, während es höchst verderblich für Christen sei, das Christentum mit dem politischen Konservatismus von CDU/CSU in Verbindung zu bringen.

Mitte September, wenige Tage vor der Auflösung des Deutschen Bundestages und des offiziellen Beginns des Wahlkampfes, meldete sich eine größere Gruppe „prominenter Protestanten“ (darunter in größerer Zahl als beim Katholischen Arbeitskreis auch Theologieprofessoren) unter dem Titel „Wider das Geschäft mit der Angst“ eine „Aktion für die Politik Brandt/Scheel“ zu Wort.

### Parteipolitische Werbung und christliche Motivation

Noch vorher, am 30. August, hatte der *Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* nach einer Klausurtagung in Münster eine „Erklärung . . . zur bevorstehenden Bundestagswahl“ an die Öffentlichkeit gebracht — sie wurde inzwischen auch allen Pfarrämtern zugesandt und in den Kirchen ausgelegt — gegen die nicht nur die offiziellen Vertreter von der SPD und FDP, sondern auch CDU-freundliche Katholiken den Einwand erhoben, ihre Verfasser hätten sich zu sehr vom eigenen parteipolitischen Unterbewußtsein leiten lassen. Am 15. September, ebenfalls noch vor der Auflösung des Bundestags, folgte zusätzlich ein Aufruf der *Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände*, in dem die Verbandsmitglieder zur aktiven Beteiligung am Wahlkampf aufgerufen werden.

Am 22. September kam schließlich die „*Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik*“, von der Kardinal *Döpfner* versicherte, sie wäre auch ohne bevorstehende Bundestagswahl gekommen, sie erhalte allerdings durch sie besondere Aktualität.

Zwischendurch gab es auch *bischöfliche Erklärungen von evangelischer und katholischer Seite* sowohl zur Frage der Wählbarkeit für Christen der im Wahlkampf kandidierenden Parteien wie zur Frage der Grenzen des politischen Engagements von kirchlichen Amtsträgern. Es gab eine „Vertrauenserklärung“ des Bischofs von Münster in einer Predigt in Oldenburg, in der Bischof *Tenhumberg* versicherte, man könne von allen Katholiken erwarten, „daß sie bei nüchternem Einblick in die politischen Realitäten, in die Programme und in die Fragen der Parteien aufgrund eigener Gewissensentscheidung wissen, wen sie wählen können“ (zit. nach der „*Deutschen Tagespost*“, 8./9. 9. 72). Derselbe Bischof bekundete sein Bedauern, daß der Versuch einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und SPD nicht gelungen sei und forderte zugleich die Geistlichen auf, in der Verkündigung parteipolitische Neutralität zu wahren, was beispielsweise *F. J. Trost* (im „*Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt*“, 10. 9. 72) als Sorge interpretierte, aufbegehrende Kapläne könnten die SPD empfehlen. Landesbischof *Dietzfelbinger* warnte in einem Brief an die Geistlichen seiner Landeskirche vor einer „Überdimensionierung“ des Politischen in das Ideologische und Religiöse hinein und forderte die Geistlichen auf, ihren kirchlichen Auftrag nicht durch „vordergründig Politisches oder Parteipolitische“ zu überdecken (vgl. epd, 14. 9. 72).

Dem Wort *Dietzfelbingers* folgte die Erklärung des Rates der EKD zur Bundestagswahl (vgl. epd, 25. 9. 72) mit drei aus der Not geborenen, aber sehr souveränen Feststellungen: 1. Es sei nicht Aufgabe der Kirche, eine bestimmte Partei zu empfehlen. 2. Alle jetzt im Bundestag vertretenen Parteien seien „fähig und geeignet, Regierungsverantwortung sachgemäß wahrzunehmen“. 3. Die Wähler sollten sich nicht in die Übersteigerung von Gegensätzen hineinziehen lassen.

Zugleich gab es erste Anzeichen dafür, daß man evangelischerseits ganz im Unterschied zum katholischen Arbeitskreis in der SPD-Wählerinitiative und im Unterschied zur stark moralisch wertenden Auseinandersetzung um die Ostverträge (vgl. HK, Mai 1972, 211) bestrebt ist, bei parteipolitischer Werbung die „christliche“ Motivation gegenüber den politischen Sachargumenten zurücktreten zu lassen. Die Autoren des Aufrufs „Wider das Geschäft mit der Angst“ erklärten auf Einwendungen hin nachdrücklich als „Bürger“ und nicht als „Träger kirchlicher Funktionen“ zu sprechen; sie seien nicht die Kirche und wollten auch nicht die Kirche vor einen bestimmten politischen Karren spannen.

Kaum der Registrierung wert sind die jeweiligen obligat polemischen Stellungnahmen der verschiedenen amtlichen Parteisprecher, wobei es sich fast von selbst versteht, daß SPD und FDP etwa die Erklärung des ZdK als katholische Variante von CDU-Propaganda abtaten und der Sprecher der CDU gerade dieses Dokument „sehr besonnen, sehr demokratisch und sehr klug“ fand, während er den Aufruf der protestantischen Gruppe zum „simplen parteipolitischen Manöver“ deklarierte, das obendrein noch „dumm“ sei.

In der gleichen Zeit gingen aber auch Gesprächs- und Kontaktversuche politischer Parteien mit kirchlichen Persönlichkeiten und Gruppen weiter, wobei gerade die FDP — gewiß ein Novum im Verhältnis von Kirche und Parteien — in einer Reihe von Gesprächen in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach den Dialog mit katholischen Gruppen suchte.

### Widersprüchliche Trends

Nun wäre es ein allzu schwieriges und vielleicht auch nutzloses Unterfangen, alle Aktivitäten, Erklärungen und Gegenerklärungen, Angriffe, Rechtfertigungen und Vermittlungen auf ihren *realen Einfluß* hin zu untersuchen oder sie auch nur als eine Art Gradmesser der Veränderungen des politischen Klimas zwischen Kirche und Parteien oder als Meßinstrument für die Verschiebungen parteipolitischer Einstellung im vermutlichen Wählerverhalten kirchlich engagierter Gruppen und des Kirchenvolkes insgesamt zu sehen. Der faktische Einfluß einer ZdK-Erklärung, die in den Kirchen ausliegt und gewiß auch von vornherein auf die Zustimmung einer breiten Schicht stößt, ist in Wirklichkeit ebenso schwer einzuschätzen wie ein Aufruf von Wählerinitiativen zugunsten einer bestimmten Partei, obwohl unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten eher anzunehmen ist, daß in beiden Fällen politische Haltungen — affirmativ oder negativ — mehr bestätigt als verändert werden.

Die Zeit eines Wahlkampfes erweist sich auch als wenig geeignet, Fragen des konfessionsbestimmten politischen Verhaltens grundsätzlich anzugehen, denn so offen und gelegentlich auch dekouvrierend politische Interessen auch kirchlicher Gruppen zu Wahlkampfzeiten zum Vorschein kommen, so sehr *verdeckt* gerade dieser Wahlkampf mit seiner notwendigen Vergrößerung der Argumentation die tatsächliche politische Haltung der Bevölkerung und vermutlich auch das tatsächliche Verhältnis der Parteien zueinander. Das gilt bereits für das Schlagwort der Polarisierung: Dort, wo der politische Tageskampf am schärfsten wird, wo es auf die Stimmen der Wähler ankommt, besonders im Fall der Bundesrepublik, wo sich ungefähr gleich starke Lager gegenüberstehen, müssen aus der Not der taktischen Konfrontation politische Gemeinsamkeiten, auch solche, die durch gemeinsame Sachprobleme aufgegeben sind, zurücktreten. Dadurch entsteht notwendig ein Gefälle zwischen der öffentlichen politischen Diskussion und der Grundorientierung der Parteien, aber auch zwischen den publizistisch ventilierten Meinungen und der persönlichen politischen Einstellung der Masse der Bevölkerung; dies gilt gewiß auch für den Bereich der christlichen Kirchen. So scheint beispielsweise doch eine Abflachung konfessionsbedingter Fronten — Hinwendung eines beträchtlichen Teils des stabilitätsbewußten liberalen protestantischen Bürgertums zur CDU, eine relative,

wenn auch nur sehr langsame Öffnung des katholischen Bevölkerungsteils, soweit er kirchlich gebunden ist, gegenüber den anderen Parteien — als langfristiger Trend entscheidender zu sein, als das, was im Zeitraum eines einzelnen Wahlkampfes an kirchlich eingefärbtem politischem Bewußtsein hochkommt. Dennoch ist die Frage nicht ohne Belang, wieweit durch die jetzige politische Diskussion im kirchlichen Raum neue Trends gefördert oder alte stabilisiert oder rückgängig gemacht werden.

### Drei Erklärungen auf einmal

Unter diesem Gesichtspunkt verdienen gerade die eingangs genannten und im Schlußteil dieses Heftes dokumentierten Erklärungen und Aufrufe katholischer Repräsentativorgane eine besonders aufmerksame Lektüre. An ihnen fällt ein Vierfaches auf: 1. die Zahl und die zeitliche Dichte, in der sie aufeinander folgten, 2. die auffallende Übereinstimmung in der Aufzählung und Wertung politischer Sachfragen, 3. der teils scharfe, teils geradezu dramatische Ton, 4. der unterschiedlich gelungene Versuch, die eigenen Intentionen und Formulierungen politisch differenziert und parteipolitisch distanziert vorzutragen.

Zum Ersten: Drei politische Erklärungen verschiedener katholischer Gremien innerhalb von vier Wochen hat es meines Wissens bisher noch bei keinem Bundestagswahlkampf gegeben: zuerst das ZdK, dann die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände und schließlich die Bischofskonferenz, dies ist gewiß eine ungewöhnliche Häufung von wahlkampfbezogenen Stellungnahmen. Nun ist freilich zweierlei zu bedenken. Die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz ist kein Wahlauftrag, nicht nur formal nicht, weil noch ein eigenes Wort zur Wahl angekündigt ist, sondern auch in der Sache nicht, weil dort der Finger auf Entwicklungen gelegt ist, die längerfristig angelegt sind und die die ganze Gesellschaft, nicht nur den Staat und schon gar nicht nur die Parteien betreffen. Sodann wurden die Erklärungen durch die Zeitumstände nahegelegt. Die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände, die satzungsgemäß alle Jahre und deshalb dieses Jahr zum erstenmal außerhalb eines Katholikentages stattfinden mußte, fiel beinahe mit der Eröffnung des Wahlkampfes zusammen. Die Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz findet routinemäßig in der zweiten Septemberhälfte in Fulda statt. Und selbst für die Erklärung des ZdK ist das Argument des Präsidenten, des rheinland-pfälzischen Kultusministers *B. Vogel*, verständlich, mit dem dieser dem einzigen SPD-Mitglied im Zentralkomitee, *H. Schmidt-Vockenhausen*, entgegnete, eine Befassung der Vollversammlung des ZdK mit der Erklärung sei deshalb nicht möglich gewesen, weil diese erst im November, also unmittelbar vor der Wahl, tagen werde. Bei den Verbänden mag für eine eigene Erklärung auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß sie sich im Zentralkomitee ohnehin nicht stark genug vertreten sehen und deshalb eine *Profilierung* ihrer Arbeitsgemeinschaft anstreben. Jedenfalls fand in der Delegiertenversammlung der Antrag keine Zustimmung, sich einfach der Erklärung des ZdK anzuschließen.

Zum Zweiten: In allen drei Verlautbarungen fällt der *dramatische Ton* auf, in dem die politische Situation in der Bundesrepublik angesprochen wird. Dies gilt besonders für die ZdK-Erklärung, die gleich zu Beginn zweimal von der „ersten“ bzw. „kritischen Situation unseres

Landes“ spricht; doch auch die Erklärung der Verbände spricht gleich in der ersten Zeile von einer „Situation der besonderen Belastung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung“, und die Bischöfe tadeln nicht nur die fortlaufende „Zerrüttung der menschlichen Grundwerte“, sondern appellieren an die Öffentlichkeit, die „auf dem sittlichen, wirtschaftlichen und politischen Trümmerfeld des Jahres 1945“ aufgebaute Ordnung zu verteidigen und weiter zu entwickeln. Auch die Bischöfe sehen diese Ordnung offenbar gefährdet.

### Gemeinsame Anliegen, verschiedene Akzente

Zum Dritten: Neben dem gemeinsamen dramatischen Ton fällt noch mehr die *Parallelität der angesprochenen politischen Probleme* auf. Die Konstanten sind zahlreich. Ich nenne nur vier: a) Den Abbau sittlicher Werte: Die ZdK-Erklärung spricht von der zunehmenden Verwechslung von Freiheit mit subjektiver Beliebigkeit; die Erklärung der Verbände apostrophiert die „zügellose Ausbreitung gewaltverherrlichender und unsittlicher Vorstellungen“. Die Bischöfe wenden sich zusätzlich gegen den Trend, den Einzelnen von persönlicher Verantwortung zugunsten der Öffentlichen Hand zu entlasten. Alle drei Verlautbarungen wenden sich einmütig gegen die bisherigen Pläne zur Reform des § 218. b) Die Warnung vor radikalen Kräften: Die Bischöfe wenden sich gegen radikale Gruppen, die die parlamentarische Demokratie „aushöhlen“ möchten; die Erklärung spricht von der Gefahr politischer Utopien, die den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat gefährden; die ZdK-Erklärung warnt gleich dreimal vor „Systemüberwindung“. c) Die Absage an ein Übergewicht des Staates gegenüber der Initiative des Einzelnen: In der Verbände-Erklärung ist die Rede von versorgungsstaatlichen Entwicklungen; die Bischöfe sprechen einmal vom „Gefälligkeitsstaat“, ein andermal von der Entmündigung des Einzelnen durch staatliche Versorgung und Planung; das ZdK wendet sich ebenfalls gegen „dirigistische“, „versorgungsstaatliche“ und „kollektivistische“ Tendenzen; alle drei warnen gezielt vor einer Einengung der Tätigkeit freier gesellschaftlicher Gruppen, Zusammenschlüsse und Verbände unter mehr oder weniger deutlicher Anspielung auf das kirchliche Wohlfahrtswesen. d) Alle drei Erklärungen verurteilen einheitlich das Umsichgreifen von Gewalt.

Zum Vierten: Dennoch gibt es *beträchtliche Unterschiede*. Zunächst in sachlichen Schwerpunkten: Das ZdK und die Verbände sprechen beispielsweise gemeinsam die wirtschaftliche Situation an, was die Bischöfe erwartungsgemäß vermeiden. Das ZdK prangert die heutige Geldentwertung als soziale Ungerechtigkeit an und verbindet damit an die Adresse der Regierung, wie es deutlicher nicht sein könnte, die Aufforderung, Wirtschafts- und Finanzpolitik unter das Gebot sozialer Gerechtigkeit zu stellen und nicht zur Systemüberwindung zu mißbrauchen, und fast wörtlich dasselbe wiederholt die Erklärung der Verbände. Unterschiede sind aber auch in der Tendenz feststellbar. Zwar läßt schon die Auswahl der Sachfragen bei allen drei Erklärungen eine beträchtliche Distanz zu den Regierungsparteien erkennen, doch ist die Frage der parteipolitischen „Neutralität“ durchaus unterschiedlich geregelt. Das ZdK hat sich in diesem Punkt offenbar die wenigste, die Bischofskonferenz die größte Mühe gegeben. Der Tenor der ZdK-Erklärung, die sich ihrer plakativen Kürze bewußt einer vereinfachenden, aber politisch zu-

gespitzten Sprache bedient, enthält nicht nur solche Passagen, die man in ähnlicher Formulierung auch schon aus dem Munde prominenter Oppositionspolitiker gehört hat. Es werden auch alle jene Fragen unterlassen — etwa die nach der Sozialbindung des Eigentums, insbesondere des Eigentums an Grund und Boden —, die auch als Kritik an der CDU verstanden werden könnten. Die Aussöhnung mit dem europäischen Osten wird kaum erwähnt, das Thema Mitbestimmung ist ganz ausgespart, während die Erklärung der Verbände immerhin die Sozialbindung des Eigentums (in der Endfassung, nicht aber im ursprünglichen Entwurf) betont und für eine Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft eintritt, „in der die Stellung der Arbeitnehmer durch erweiterte Formen der Mitbestimmung gestärkt wird“.

### Chance verpaßt?

Während die Bischöfe und ein Stück weit auch die Verbände die Chance genutzt haben, von katholischer Seite her Sachfragen zu formulieren, die für eine kritische Auseinandersetzung mit den Parteien aller Programme geeignet sind, hat das Zentralkomitee die gleiche Chance offenbar nicht genutzt. Freilich wird man auch hier nüchtern urteilen müssen. Man kann von einem Gremium wie dem 30köpfigen Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralkomitees, dem ganz überwiegend aktive CDU-Mitglieder und Sympathisanten angehören — im Präsidium sind gleich zwei führende CDU-Politiker vertreten —, nicht erwarten können, daß sie bei der Formulierung „katholischer“ Stellungnahmen völlig von ihrer Parteizugehörigkeit absehen können. Es wirkt allerdings politisch wie innerkatholisch wenig glaubwürdig, wenn man sich dennoch so verteidigt, als läge hier keinerlei Gedanken- und Interessenverfälschung vor. In den letzten Jahren wurde öfters die Forderung erhoben, die Bischöfe sollten sich in Fragen der Gesellschaft mit parteipolitischer Komponente zurückhalten, sich mehr auf die Grundsätze konzentrieren und die konkreten politischen Tagesfragen den Laien überlassen. An diesen Vorschlag scheinen sich die Bischöfe diesmal selbst gegen manchen Rat gehalten zu haben. Wem aber an einer Entflechtung im Verhältnis Kirche—Parteien am Herzen liegt, wird sich kaum mit einer Verlagerung von parteipolitisch eingefärbten Stellungnahmen von einem Bischofs- zu einem Laiengremium zufriedengeben. Selbstverständlich können Gruppen von Katholiken mit missionarischem Bewußtsein, die sich alle Mühe geben zu zeigen, wie unchristlich die Politik der Unionsparteien und wie christlich-progressiv die der Sozialdemokraten ist, noch weniger weiterhelfen. Hilfreich wäre auf dem Wege einer ideologischen Entkrampfung zwischen Kirche und demokratischen Parteien nur eine andere Konzeption kirchlicher Repräsentativgremien. Nicht daß sich eine Unvereinbarkeit von kirchlichem und parteipolitischem Mandat innerhalb des deutschen Katholizismus von heute auf morgen durchsetzen ließe, dazu sind die gewachsenen Verästelungen zwischen dem Zentralkomitee, den Katholischen Verbänden und den Unionsparteien zu stark und zu zahlreich. Aber die politisch-kirchliche Glaubwürdigkeit des deutschen Katholizismus, soweit er gemeindlich und verbandlich im ZdK organisiert ist, wird sich auch nicht durch Zuwahl einiger Angehöriger aus anderen Parteien, sondern nur durch mehr personelle und sachliche Distanz zu allen Parteien erhalten bzw. wiederherstellen lassen. *D. A. Seeber*